

Dirk Schindelbeck

## Flugblattschlachten an den Zonengrenze. Propaganda als politisches Mittel im innerdeutschen Konflikt<sup>1</sup>



*Wie lässt sich jungen Menschen heute der Kalte Krieg in den fünfziger und sechziger Jahren sinnfällig vermitteln? wie die ideologische Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Staaten so anschaulich erklären, dass sie, obwohl als „Nachgeborene“ selbst nicht mehr vom Systemwettlauf berührt, einen bleibenden Eindruck davon mitnehmen können? Immer noch begnügen sich die Geschichtsbücher an dieser Stelle mit dürren Fakten: Da werden kaum mehr als Schemazeichnungen der Grenzanlagen oder Dokumente zum Grundlagenvertrag wiedergegeben. Dass es beeindruckenderes Material gibt, zeigt der folgende Beitrag. Er befasst sich mit den aus heutiger Sicht geradezu grotesk anmutenden Anstrengungen, die jeweils andere Seite ideologisch und propagandistisch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln im Sinne der eigenen Position zu beeinflussen. Es überrascht, befremdet und amüsiert womöglich auch, welch außergewöhnlich großer Stellenwert solchen Propagandagrabenkämpfen vonseiten der politisch Verantwortlichen üben wie drüben noch bis in die frühen siebziger Jahre hinein zugemessen wurde. Der Beitrag basiert auf Arbeitsergebnissen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn finanzierten Projekts „Propagandageschichte der beiden deutschen Staaten im Vergleich zwischen 1949 und 1971/72“. Das Gesamt-Projekt wurde von einem deutsch-deutschen Historikerteam in Freiburg (Rainer Gries, Volker Ilgen, Dirk Schindelbeck) und Leipzig (Gerald Diesener, Monika Gibas) durchgeführt.*

### I. Balloneure zwischen den Fronten: Das Ost-Büro der SPD und die „Aktion Flaschentod“

Am 10. Mai 1955 schreibt das Sekretariat für Staatssicherheit der Bezirksverwaltung Suhl an die Hauptabteilung in Berlin, man sei im Begriff, einen neuen Geheimen

<sup>1</sup> Eine anders gewichtete Darstellung der Materie findet sich im Sammelband „Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung“ (hg. von G. Diesener und R. Gries), Darmstadt 1996, S. 214-236. Vgl. hierzu auch die unlängst erschienene Dissertation von Dirk Drews: Die Psychologische Kampfführung/Psychologische Verteidigung der Bundeswehr – eine erziehungswissenschaftliche und publizistikwissenschaftliche Untersuchung, Mainz 2006.

Mitarbeiter (GM) anzuwerben.<sup>2</sup> Politischer Hintergrund sind die Flugblattaktionen, die das Ost-Büro der SPD seit 1951 regelmäßig mithilfe wasserstoffgefüllter Luft- und Wetterballons von Berlin oder von einigen kleinen Ortschaften im Zonenrandgebiet aus durchführte, um Informationen in die DDR einzuschleusen.<sup>3</sup> Der Staatssicherheit ist bekannt, dass der SPD-Ortsvorsitzende der Grenzgemeinde Philippsthal im Kreis Coburg, Alfred Meyer, im Frühjahr 1954 selbst an etwa 20 solcher Einsätze teilgenommen hatte. Beim ersten Kontakt mit dem prospektiven GM wird diesem die Notwendigkeit verdeutlicht, dass „im Interesse der Einheit Deutschlands“ gehandelt werden müsse. Natürlich vergessen die Genossen der Staatssicherheit nicht, sich Meyers Beteiligung an seinen früheren Einsätzen schriftlich geben zu lassen: Schließlich hat man gern ein Druckmittel in der Hand. Meyer erscheint ihnen für ihre Zwecke als aussichtsreicher Kandidat, hinterlässt er doch den „Eindruck, dass bei ihm mit Geld viel zu erreichen“ sei. Über Alfred Meyer, fortan GM (=Geheimer Mitarbeiter) Knüll, hofft man, in das Ost-Büro der SPD in Hannover einzudringen. Dieser scheint die in ihn gesetzten Erwartungen auch zu erfüllen. Von der Lübecker Bucht bis nach Hof, so liefert er Bericht, unterhalte das Ost-Büro insgesamt sechs stationäre Ballonabschussbasen: „Es sind im Jahre 1955 von allen Stationen zusammen 10.370 Ballonaktionen gestartet worden. Allein für Monat März 1956 weisen die Unterlagen einen Versand von 160 Zentnern Flugblätter aus.“ An bescheidener Entlohnung des GM Knüll lässt man es nicht fehlen; mal bekommt er 100 DM (West), mal eine elektrische Bohrmaschine im Wert von 143 DM.

Als der GM Mitte 1958 von Seiten des Ost-Büros der SPD tatsächlich aufgefordert wird, Leiter der Abschussbasis Philippsthal zu werden, steigt das Interesse der Staatssicherheit an ihm sprunghaft an. Zur Aufnahme seiner Tätigkeit, so berichtet GM Knüll, seien auch schon 200 Wasserstoffgasflaschen angeliefert worden. In der Folge fertigt Meyer/Knüll detaillierte Lagepläne und Skizzen an, und am 14. August 1958 leitet die Staatssicherheit „Maßnahmen zur Liquidierung“ der Basis ein, die „Aktion Flaschentod“. Bei Nacht und Nebel macht sich ein Rollkommando der Staatssicherheit auf den Weg, robt durch Gräben, schleicht durch Schonungen, umgeht weiträumig Hundezwinger und Kaninchenställe und führt den Auftrag aus. Am 28. September stellen Beamte der Kripo Fulda fest, dass sämtliche auf dem Startplatz lagernden Wasserstoffflaschen in den Kappen verschmiert wurden und

<sup>2</sup> Diese skurrile Geschichte gibt eine von zahllosen Sabotage-Aktionen seitens des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR gegen das Ost-Büro der SPD wieder. Zit. BStU, Allg. S. 281/71, Bd. 5.

<sup>3</sup> W. Buschfort: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991.



*Propagandaaktion mittels Luftballons vonseiten der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit KgU in Westberlin (frühe fünfziger Jahre)*

nicht mehr zu öffnen sind: „Die dazu benutzte Flüssigkeit ist fest wie Eisenkitt“. Auf Seiten der Staatssicherheit wird im geheimen Bericht über die „Aktion Flaschentod“ vermerkt: „In Zusammenarbeit mit der Abteilung K wurde vom VEB Leunawerk ‚Walter Ulbricht‘ kalthärtender und lösungsfreier Kunstharz (Epoxydharz) mit dem dazu notwendigen Härter beschafft.“ In dreifacher Hinsicht sei die Aktion als ein großer Erfolg zu bewerten: Die beschädigten Flaschen seien unbrauchbar gemacht worden, das Verhältnis des SPD-Ost-Büros zu den Amerikanern, welche die Ballonaktionen finanzierten, sei gestört, ebenso die Zusammenarbeit mit den Elektrochemischen Werken Ottenssoos bei Nürnberg, dem Gaslieferanten.

Auf der Westseite werden Anfang Oktober die verklebten Flaschen abgeholt, dafür kurzerhand 200 neue Flaschen angeliefert. Dennoch scheint sich die Sabotage-Aktion zum nachhaltigen Erfolg auszuwachsen: Diese neuen Flaschen, so teilt der GM seinen Auftraggebern mit, würden noch für eine letzte Aktion benötigt, danach sei endgültig Schluss, die Abschussbasis Philippsthal werde vom Ostbüro ersatzlos aufgegeben. Natürlich hat man in Hannover das Vertrauen gegenüber dem Ortsvorsitzenden Alfred Meyer verloren; selbst in seiner Gemeinde muss er sich sagen lassen: „Das hast Du doch alles verraten“. Meyer alias Knüll hofft, sich in den Osten absetzen zu können. Im guten Glauben, für die „Einheit Deutschlands“ verdienstvolle Arbeit geleistet zu haben, fühlt er bei seinen Auftraggebern vor: „Wenn hier alles aufgelöst ist, komme ich im Januar rüber zu euch.“ Sogar ein Gastgeschenk will er mitbringen: „Ich bin im Besitz eines Ballon kompl.“ Doch daran besteht seitens der Staatssicherheit kein Interesse. Im geheimen Bericht wird vermerkt: „Trotzdem der GM konkrete Aufträge hat, gibt er keine entsprechenden Berichte. Es besteht der

Verdacht, dass der GM nicht ehrlich mit uns arbeitet“. Beim nächsten konspirativem Treff wird Knüll ‚abserviert‘, indem man ihn darauf hinweist, „dass durch ihn Fehler gemacht wurden.“ Eine Aktion, die sich über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren erstreckte und im Verkleben von 180 Wasserstoffgasflaschen ihren glorreichen Höhepunkt erreichte, hatte ihr prosaisches Ende gefunden.

## II. Die deutsche Spaltung kündigt sich an: Propaganda-Grabenkämpfe

Ogleich von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen, waren Ende der fünfziger Jahre solcherart Vorfälle an der Tagesordnung. Wenn auch aus heutiger Sicht die Verbissenheit, mit welcher diese Auseinandersetzung auf beiden Seiten geführt wurde, ebenso überzogen anmutet wie die Episoden grotesk erscheinen – sie war Ausdruck einer sich gerade in den Jahren 1957/58 abzeichnenden Verhärtung der Positionen zwischen den beiden deutschen Staaten, die, über Chruschtschow-Ultimatum und Berlin-Krise<sup>4</sup> letztlich zur Trennung der beiden Systeme durch den Mauerbau im August 1961 führen sollte. Vor allem der nach der Bundestagswahl 1957 und der Stabilisierung der Regierung Adenauer (50,2 % für die CDU) forcierte Auf- und Ausbau der Bundeswehr heizte den propagandistischen Grabenkampf an und gab ihm eine neue und bislang unbekannte Qualität: aus Ostsicht ging es ja nicht allein um die Verhinderung von Balloneinflügen in die DDR, sondern auch umgekehrt um die verstärkte Einschleusung von Propagandabotschaften in die Bundesrepublik. Dazu erschienen die ‚klassischen‘ Methoden, ganze Schulklassen oder Häuserblocks vorformulierte Briefe abschreiben zu lassen und diese auf dem Postweg oder mittels Flaschen auf der Elbe in den Westen zu schicken, als unzureichend: sie wurden teils durch härtere, teils durch subtilere Maßnahmen ergänzt. So liefen 1958/59 in der Bundesrepublik gefälschte Einberufungs- oder Ausmusterungsbescheide um, Giftgasmeldungen, angeblich als Folge von Bundeswehrübungen, wurden von Ost-Geheimsendern verbreitet<sup>5</sup> und zongrenznahe Orte wurden verstärkt durch Pappraketen, die Tausende von Flugblättern verstreuten, beschossen. Gegenüber den gewachsenen Anstrengungen des Ostens standen die

<sup>4</sup> M. Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.

<sup>5</sup> J. Wilke/S. Sartoris: Radiopropaganda durch Geheimsender der DDR im Kalten Krieg, in: i. Wilke (Hg.): Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg, Köln/Weimar Wien 1997, S. 285-332.

vom Westen aus operierenden „Agenturen des Kalten Krieges“<sup>6</sup>, die in der Vergangenheit meist als informelle Kreise im Auftrag des Gesamtdeutschen Ministeriums tätig waren und von diesem oder auch aus amerikanischen Quellen finanziert wurden, auf verlorenem Posten. Dies galt nicht nur für die angesprochenen Aktionen des SPD-Ost-Büros, sondern auch für den extrem antikommunistischen Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF) des ehemaligen Goebbels-Mitarbeiters und Drehbuchautors des „Ewigen Juden“ Eberhard Taubert, dessen nationalsozialistische Vergangenheit 1955 publik wurde<sup>7</sup>, es galt für die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU), die durch Sabotage-Akte in der DDR immer wieder von sich reden gemacht hatte und 1958, politisch untragbar geworden, ihre Aktionen einstellte<sup>8</sup>, und es galt für den Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (Uff), dessen Leiter Theo Friedenau durch eine DDR-Kampagne als Horst Erdmann „enttarnt“ und bloßgestellt worden war.<sup>9</sup> Aus westlicher Sicht war, bei deutlich verstärkten Anstrengungen der Gegenseite, eine empfindliche Lücke in der Propaganda-Abwehrfront entstanden.

### III. Der Staat greift zur Selbsthilfe: Die Bundeswehr tritt auf den Plan

Erste Überlegungen zu einem wirkungsvolleren Abwehrkonzept wurden im Verteidigungsministerium schon im Herbst 1957 kurz nach der Bundestagswahl angestellt. Wie bescheiden die Anfänge waren, geht aus Aufzeichnungen Albert Hagemanns hervor, des zeitweise einzigen „Propaganda-Offiziers“ in der Bundeswehr: Der erste Stellenplan sah nur sechs hauptamtliche Stellen vor, Hilfskräfte eingerechnet – fast noch eine informelle Struktur.<sup>10</sup> Ein Jahr später, im August 1958, trat

<sup>6</sup> Deutschland im Kalten Krieg 1945-1963. Ausstellungskatalog des Deutschen Historischen Museums, Berlin 1992, S. 253-274

<sup>7</sup> K. Körner: Erst in Goebbels', dann in Adenauers Diensten. Fünf Mark pro Störer, Tomaten aus Bundesmitteln: aus der Trickkiste des antikommunistischen Volksbundes für Frieden und Freiheit, in: Die Zeit vom 24. August 1990, S. 37-38.

<sup>8</sup> K.U. Merz: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit KgU 1948-1959. München 1987.

<sup>9</sup> F. Hagemann: Der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen 1949-1969 (Rechtshistorische Reihe 125), Frankfurt/M. 1994.

<sup>10</sup> Nach Unterlagen Albert Hagemanns sah der Stellenplan des FÜB VII 3 vom Herbst 1957 vor: zwei A 14 und A 13 sowie jeweils eine A 8 und eine BAT III.

Bilder: Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg



Ballonaktion der Bundeswehr im März 1963: Zusammenstellen des Propagandamaterials für NVA-Mannschaften und DDR-Bürger



Propagandamaterial wird unter dem Ballon auf einem Trägergestell deponiert, das später über dem Zielort durch einen zeituhrgesteuerten Mechanismus ausgeklinkt und abgeworfen wird.



Der Wetterballon wird mit Gas befüllt und flugfertig gemacht



Der fertig befüllte Transport-Ballon hat einen Durchmesser von ca. 2 m

dann Verteidigungsminister Franz Josef Strauss an die Öffentlichkeit und erläuterte die Notwendigkeit eines „aktionsfähigen Zentrums“ aller demokratischen Kräfte halb ziviler, halb militärischer Natur und mit einer doppelten Zielrichtung: nach innen, um die „Immunisierung“ der bundesdeutschen Bevölkerung im Sinne einer „psychologischen Rüstung“ zu unterstützen, sei es durch Vorträge, Broschüren oder Bücher, nach außen im Form ‚aktiver‘ Propagandaaktionen in den kommunistischen Machtbereich hinein.<sup>11</sup>

Im Referat B VII des Bundesverteidigungsministeriums entstand unter Major Dr. Karl-Christian Trentzsch eine Dienststelle, die, mit einem eigenen Haushaltstitel ausgestattet, ab 1959 in der Lage war, die ersten größeren Aktionen zu konzipieren und auszuführen. Diesem Führungsstab arbeiteten bald nicht nur eine Reihe wissenschaftlicher Mitarbeiter aus dem zivilen Bereich zu wie etwa der spätere CDU-Abgeordnete Dr. Werner Marx, sondern auch eine Reihe von Reserveoffizieren, die im Bonner Umfeld privatwirtschaftliche Unternehmen aufgebaut hatten, sei es, dass sie Verleger waren wie Lothar Ballusek (Hohwacht-Verlag Bad Godesberg)<sup>12</sup> oder Inhaber von Public Relations-Agenturen wie Bertram Otto (kontakt-Agentur Bonn). Aus Sicht des Verteidigungsministeriums waren sie die ideal zuarbeitenden Dienstleister, welche die gewünschten Drucksachen vom Konzept bis zum fertigen Propaganda-Endprodukt ohne Einschaltung dritter Betriebe oder Werkstätten anbieten konnten. Mit der Zeit wurde auch ein PSK-Spezialarchiv aufgebaut und eine „Schule für psychologische Kampfführung“, die zunächst im Schloss Alfter bei Bonn, später im ehemaligen Franziskanerkloster in Euskirchen untergebracht war.

Von Ende 1959 bis in die siebziger Jahre hinein wurde nun, im Führungsstab konzipiert und durch reguläre Bundeswehreinheiten ausgeführt, Propaganda gegen die DDR vorwiegend mithilfe gasgefüllter Ballons betrieben. Davon wurden zur Hochzeit des Flugblattkrieges im Jahr 1963 etwa 20.000 Stück über das Truppenamt Geophysiker in Köln beschafft („aerologisches Verbrauchsmaterial“<sup>13</sup>). Durchgeführt wurden diese Aktionen von den drei Kompanien der sogenannten PSK (Psychologische Kampfführung), die jeweils über einen Lautsprecherzug, einen Flugblatt-Raketenzug und einen Ballonzug verfügten. Den normalen Truppenteilen ausgliedert, waren sie dem I. bis III. Heereskorps der Bundeswehr unterstellt. Faktisch

<sup>11</sup> Bulletin des Bundespresseamtes vom 12. August 1958.

<sup>12</sup> Im Hohwacht-Verlag erschien z.B. 1957 der Titel des Autors Christian Herms (Pseudonym von Karl-Christian Trentzsch): Für und wider die Bundeswehr.

<sup>13</sup> Bundesarchiv/Militärarchiv (im folgenden BaMa), Bestand BW 2/20252.





*Bundeswehr-Ballonaktion gegen die DDR, getarnt und in Zivilkleidung (Juli 1961)*



*Bei der Aktion rekrutiert die Bundeswehr spielende Kinder als Hiwis, die nach sechsstündigem Arbeitseinsatz mit einem Bonbon, einem Kinder-Luftballon und 50 Pf entlohnt werden.*

waren die PSK-Kompanien damit die einzigen Truppenteile, die zu Friedenszeiten nichts anderes taten als im Ernstfall auch: Informationen, die das Ziel hatten, Soldaten wie Zivilisten der anderen Seite zu beeinflussen, gezielt auf fremdes Territorium zu tragen.<sup>14</sup> Noch 1970 wurden von ihnen etwa 20 Tonnen Papier in die DDR verbracht, unter anderem die Erfurter Rede Willi Brandts. Erst die Unterhändler der beiden deutschen Staaten Egon Bahr und Michael Kohl einigten sich im Frühsommer 1972 im Zuge ihrer Verhandlungen zum Grundlagenvertrag darauf, als Gegenleistung für das Verstummen des letzten DDR-Soldatensenders 935 die Flugblattaktionen der Bundeswehr endgültig einzustellen.

#### **IV. Anatomie der psychologischen Kampfführung: Getarnte Aktionen, politisch gedeckt**

Um ihren Auftrag auszuführen, suchten sich die PSK-Kompanien ein verschwiegenes, gut abzusicherndes Waldstück in Zonenrandnähe. Nicht selten wurden auch

<sup>14</sup> Vgl. auch K.-H. Roth/N. Neumann/H. Leib: Invasionsziel DDR. Psychologische Kampfführung vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik, Hamburg 1971.



wochenlang Zeltlager aufgeschlagen, wenn der Wind ungünstig stand und Ballonstarts unmöglich machte – zumal die Windverhältnisse die Bundeswehr keineswegs so eindeutig bevorteilten wie dies in Presseberichten später manchmal dargestellt wurde. Diskretion gehörte nicht nur zum Einsatzbefehl, sondern bestimmte den Truppenalltag. Stets war das Mitführen des Zivilanzugs Pflicht, wurde doch häufig im nächstgelegenen Dorfgasthaus „Unternehmerverpflegung“ zu sich genommen.

Doch nur oberflächlich gesehen erscheint das Treiben der PSK an wie das einer losen, verschworenen Desperado-Truppe. Sowohl technisch wie logistisch und erst recht politisch waren die Einheiten auf Unterstützung angewiesen, z.B. durch zivile Ballonstaffeln von 10 bis 20 Mann Stärke, die unter Führung von Reserveoffizieren den Nachschub sicherstellten, vor allem die doch recht beträchtlichen Mengen an Wasserstoffgas: Immerhin wurde für einen einzigen Ballon eine ganze Flasche benötigt. Nachts wurden dann bis zu 300 Ballons befüllt und aufgelassen. Darüber hinaus war man dringend auf die Amtshilfe der Wetterdienste und der Landespolizeidirektionen angewiesen: Die Fahrer ziviler Versorgungs-LKWs mussten von höheren Dienststellen mit Sonderpapieren ausgestattet werden, die sie gegen Kontrollen übereifriger Ortpolizisten zu schützen vermochten. Selbstverständlich waren die Aktionen der PSK-Truppen nicht ohne administrative Rückendeckung denkbar, wie sie in den „Sitzungen des Arbeitskreises der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder“ sichergestellt wurde, wo neben den Staatssekretären der Innenministerien der Zonenanrainerländer auch Vertreter des Bundesministerium des Innern, des Bundesgrenzschutzes, des damaligen Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen sowie des Berliner Senats anwesend waren. Unverzichtbar war schließlich die politische Unterstützung auf höchster Ebene: Schließlich waren in den mehr als zwölf Jahren, während derer die Flugblattaktionen stattfanden, vier Verteidigungsminister (Franz-Josef Strauß, Kai Uwe von Hassel, Gerhard Schröder und Helmut Schmidt) und sechs Gesamtdeutsche Minister unterschiedlicher politischer Couleur in dieselben Verschlussachen und Dienstgeheimnisse eingeweiht. Über alle Fraktionen des Bundestages hinweg, über alle Parteien und Ausschüsse galt es, einen stillschweigenden Konsens herzustellen und durchzuhalten.

## V. **Peinliche Enthüllungen: Auch wir machen Propaganda**

Mit dem Tag des Mauerbaus und der Selbstabschottung der DDR wurden die Aktionen der PSK plötzlich aktuell und brisant: keinem Rollkommando der Staatssicherheit war es ja nun auch mehr möglich, gegen – zudem bewaffnete – Bundeswehr-Einheiten etwas auszurichten. Zügig wurde der Aufbau der Einheiten vorangetrieben: Mitte 1962 erreichten die Truppen ihre Sollstärke, und in den Jahren 1963 und 1964 entfalteten sie mit etwa 80 to jährlich expedierter Drucksachen das (zumindest quantitative) Maximum ihrer Aktivität (die vier- bis fünffache Tonnageversandleistung wäre freilich leicht möglich gewesen). Parallel dazu wurden in dieser Zeit, ebenfalls in besonderer Hinsicht auf beeinflussende Wirkungen hinter der innerdeutschen Grenze, die elektronischen Medien ausgebaut: So nahm am 1. Januar 1962 der Deutschlandfunk, am 1. April 1963 das ZDF seine Sendetätigkeit auf.<sup>15</sup>

Doch die PSK-Einheiten unterschieden sich von den elektronischen Sendern nicht allein dadurch, dass sie handfestes Material versandten, sondern ihre Existenz war der westdeutschen Öffentlichkeit nicht einmal bekannt. Die DDR-Bevölkerung freilich, die fortan fast flächendeckend mit Papier überschüttet wurde, nahm ihr Treiben dafür umso mehr wahr: Noch in den frühen siebziger Jahren fanden Spaziergänger im waldreichen Gebiet zwischen Helmstedt und Magdeburg mit Sicherheit Flugblätter vor. Nur die DDR-Organen waren gegen die nachts sanft und friedlich hereingleitenden Ballongeschwader machtlos: Offiziere der Staatssicherheit mussten sich darauf beschränken, auf einer Karte mit Fähnchen die Orte zu markieren, auf welche sich wieder einmal ein Flugblattsegen ergossen hatte, um möglichst rasch ganze Schulklassen zum Aufsammeln und ‚Unschädlich-Machen‘ der West-Propaganda in Bewegung zu setzen.

Nahezu unbemerkt konnten die PSK-Truppen mehr als dreieinhalb Jahre lang nach dem Bau der Mauer ihr Spielchen treiben, bis sie im Frühjahr 1965 vom größten anzunehmende Unfall ereilt wurden: plötzlich drehte sich der Wind. In Altenbuschla, einem Dorf kurz vor der Zonengrenze, waren an einem Sonntagnachmittag 15 Ballons niedergegangen – mitten auf einem Kirmesplatz. Die Dorfbewohner,

<sup>15</sup> Vgl. hierzu F. Capellan: Für Deutschland und Europa: Der Deutschlandfunk. Rundfunkanstalt mit besonderem Auftrag 1961-1989, München 1993.

welche die Ballonfracht interessiert begutachteten, waren nicht wenig erstaunt, anstatt der erwarteten Ost-Parolen Zettel vorzufinden, die den westlichen Wohlstand priesen und gelungene Fluchten von NVA-Grenzern: „Liebe Kameraden,“ so hieß es auf postkartengroßen Flugblättern, „viele Grüße aus Westdeutschland. Der Große Sprung hat sich für mich gelohnt.“

Natürlich rief der Vorfall Journalisten auf den Plan, und so erfuhren nennenswerte Teile der westdeutschen Öffentlichkeit erstmals am 13. März 1965 durch einen Fernsehbeitrag in der Hessenschau von ominösen Ballonaktionen: Der Verursacher freilich wurde nicht genannt. Auch andere Fernsehteams waren schon kurz zuvor auf ähnlichen Spuren: Bereits im Herbst 1964 hatte eine Mannschaft des Magazins „Report“ vom Westdeutschen Rundfunk einen Film zum Thema gedreht: Hier war der Absender namentlich benannt worden. Doch der Beitrag, obwohl bereits in den Programmzeitungen ausgedruckt, wurde niemals gezeigt. Von höchster Stelle im Verteidigungsministerium aus und unter Androhung eines Landesverratsverfahrens wurde seine Ausstrahlung unterdrückt. Weniger Respekt vor solchen Drohgebärden hatte schließlich ein panorama-Team des Norddeutschen Rundfunks und benannte, wenige Wochen nach dem Hessenschau-Beitrag, in seinem Film nicht nur die Bundeswehr als Urheber der Aktionen, sondern forderte durch den Verteidigungsexperten der SPD Karl Wienand Aufklärung vom Verteidigungsminister selbst. Der FDP-Abgeordnete Kohut brachte eine entsprechende Anfrage im Parlament vor, und der seinerzeitige Bundesminister der Verteidigung Kai Uwe von Hassel räumte nun kleinlaut seine Zuständigkeit ein. Befragt, welchen Sinn er in diesen Aktionen sehe, antwortete er, die ihrer Informationsmöglichkeiten beraubten Soldaten der NVA-Grenzkommandos bedürften dieser Botschaften. Im übrigen kannten diejenigen, die kritisierten, die Zusammenhänge nicht: Tausende von Briefen, die auf die Botschaften hin einträfen, rechtfertigten sie.<sup>16</sup>

Fortan war nicht mehr zu bestreiten: Ein demokratisches Staatswesen ließ in Friedenszeiten durch Armee-Einheiten Flugblätter, Flugzeitungen und später auch ganze Bücher auf fremdes Territorium niederregnen, wofür Mitglieder der Regierung in letzter Instanz verantwortlich waren. Dass es sich hier um Propaganda handelte, darüber konnte selbst im Führungsstab kein Zweifel bestehen. Denn so ver-

<sup>16</sup> Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode, 182. Sitzung, Sp. 9145.

Bilder: Kultur- und werbegeschichtliches  
Archiv Freiburg kwaf

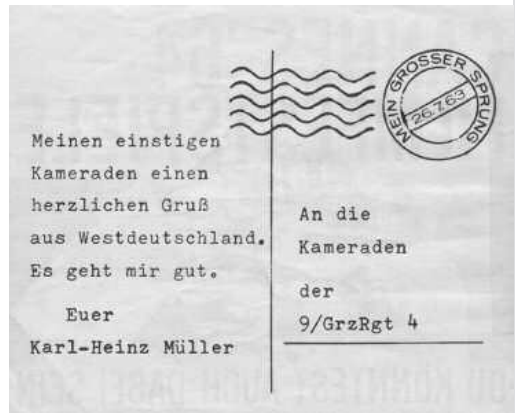


Bundeswehr-Kleinstflugblatt (10 x 7 cm) mit unverhohlener Aufforderung zur Republikflucht (Frühjahr 1964)

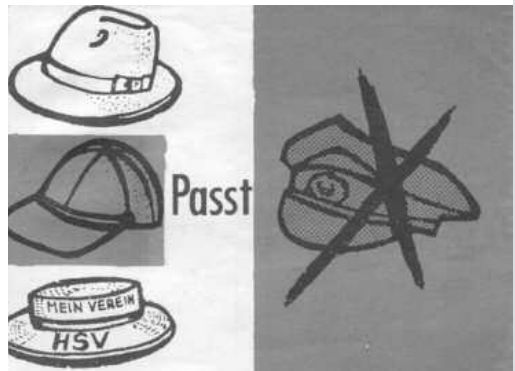


Ein anderes Kleinstflugblatt preist Autoangebot und Wohlstand in der Bundesrepublik.

Ein weiteres Kleinstflugblatt kontrastiert polemisch westliche Freizeit-Kopfbedeckungen mit der NVA-Dienstmütze der DDR



Auf der Rückseite wird im Rahmen der Aktion „Mein großer Sprung“ (siehe Stempel) Bezug auf real erfolgte Republikfluchten von NVA-Grenzsoldaten angespielt (hier auf diejenige von Karl-Heinz Müller vom 9 GrzRgt 4 am 26. Juli 1963)



schämt der Öffentlichkeit gegenüber nun zugegeben werden musste, dass solche Beeinflussungsversuche stattfanden, so unverhohlen forderten ja nicht wenige dieser Zettel die NVA-Grenzkommandos nach dem Muster des am Tag des Mauerbaus durch seinen Sprung über den Stacheldraht berühmt gewordenen Grenzsoldaten Conrad Schuhmanns zur Flucht auf – ein Fall klassischer Zersetzungpropaganda, wie er gerade den Militärs aus dem Zweiten Weltkrieg noch gut in Erinnerung sein musste.

## **VI. Schwejkiaden im Regierungsauftrag: Wer wird denn gleich in die Luft gehen?**

Gleichwohl muteten nicht wenige Aktionen der PSK geradezu an wie ein überdimensioniertes Räuber- und Gendarm-Spiel und kündeten auf ihre Weise von einer kommenden Entkrampfung im deutsch-deutschen Verhältnis. Anhand einer kleinen Begebenheit aus dem Alltag der Truppe, die zudem ihre Beweglichkeit und Phantasie spiegelt, sei dies festgemacht.<sup>17</sup> Ende Februar 1963 stapften die vier Bundeswehr-Gefreiten Plumenbohm, Otte, Rudolph und Flesmes bei einer Geländeübung im Harz umher. Feste Straßen zu benutzen und Zivilpersonen nach dem Weg zu fragen war ihnen verboten. Dicker Nebel kam auf, als sie ein Drahthindernis wahrnehmen, das ihnen im diffusen Licht als Viehzaun erschien. Ein Zivilist tauchte auf, den sie befehlswidrig fragten. Antwort: „Mensch, ihr seid hier in der DDR.“ Der Rückweg durch Minengürtel und an schussbereiten Grenzposten vorbei dünkte sie selbstmörderisch. Also ließen sie sich den Weg zur nächsten Unterkunft der Volksarmee weisen. In Feldmontur mit Helm und Nato-Gewehr betraten sie die Militärbaracke und fragten den erstbesten Volksarmisten: „Kumpel, wo sitzt dein Chef?“ Der Angeredete mürrisch: „Haut ab, ich hab was zu tun.“ Der nächstangesprochene, ein Unteroffizier, blieb gleichfalls ungerührt, zeigte auf eine Tür: „Da drin.“ Dem Kompaniechef von der anderen Feldpostnummer verschlug der Anblick armierter Bundeswehrsoldaten zunächst die Sprache. Gefreiter Plumenbohm erläuterte das Missgeschick. Doch auf die Frage: „Wollt ihr hierbleiben?“ meinte er: „Nein, das geht nicht, ich bekomm übermorgen Urlaub. Ich will mit meiner Frau verreisen.“ Das Kommando der Grenzbrigade alarmierte einen Oberst der Staatssicherheit in Erfurt. Auch dessen Angebot, doch in der DDR zu bleiben, schlugen die vier Gefreiten aus. Nach zwei Tagen schickte sie der Oberst über die Grenze zurück. Kamera-

<sup>17</sup> Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode, 182. Sitzung, Sp. 9145.



Ausschnitt aus einer mit Ballons über DDR-Gebiet abgeworfenen Flugzeitung, speziell für NVA-Soldaten

den der Volksarmee zeigten ihnen eine Minengasse. Letzter Kumpelrat: „Schmeißt unsere Zigaretten weg, sonst meinen die drüben, wir hätten euch bestechen wollen.“

Auf der Westseite wenige Tage später: Die in Borken stationierte PSK-Kompanie 981 unter Leitung von Hauptmann Obst erhält den Einsatzbefehl zur Übung „Glaserkitt“. 57 Mann: 4 Offiziere, 9 Unteroffiziere und 44 Mannschaftsdienstgrade machen sich auf den Weg, ausgerüstet mit 5 to „PSK-Drucksachen“ und 18 Fahrzeugen.<sup>18</sup> „Glaserkitt“ wird im Raum Kilian (Lüchow-Dannenberg) zwischen dem 5. und 15. März in Angriff genommen – ergänzt durch drei einzelne Aktionen unter den Code-Namen „Hirtenhund“, „Handgepäck“ und „Igelbische.“ In diesen zehn Tagen werden mithilfe von 900 Ballons 717.000 Druckschriften (ca. 3 to) verbracht, neben 74.000 getarnten Zeitungen „Neues Deutschland“, 251.000 Zeitungen „NVA 1/63“, aber auch 7.000 Stück „Danksagung“ mit anhängenden 21.000 Zigaretten (= 1.000 Päckchen) der Marke HB (Slogan: „Wer wird denn gleich in die Luft gehen? Greife lieber zur HB!“) als Anerkennung für die „anständige Behandlung“ eben jener vier Bundeswehrgefreiten während ihres ungewollten DDR-Abenteuers.

Als ob die Denk- und Verhaltensmuster des Kalten Krieges Mitte der sechziger Jahre schon nur noch als Groteske zu ertragen gewesen wären! Haltungen, die erst Jahre später politikmächtig werden sollten, waren plötzlich gefordert, und wenn es die Einübung einer partnerschaftliche Rolle im ‚kleinen‘ Grenzverkehr war – inklusive generösen Zigarettenreichens über den Zaun.

Kultur- und werbegezeichnetes  
Archiv Freiburg kwaf

FORUMSCHULSTIFTUNG





Bilder: Kultur- und werbege-schichtliches Archiv Freiburg kwaf

Bundeswehr-Flugblatt mit auf-reizendem Appell zur Republik-flucht (ca. 1963)



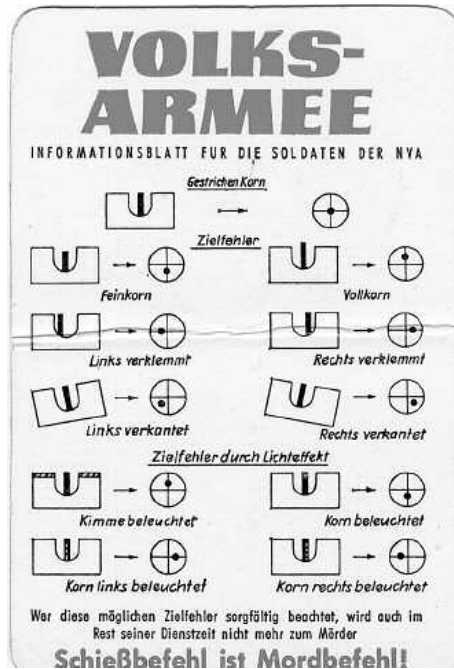
Auf der Rückseite Häme über die mangelhafte Qualität der Grenzanlagen und der militäri-schen Ausrüstung der DDR

## VII. Aus Propaganda wird „Information“

Es war ein bunter Strauß von „Drucksachen“, die auf die DDR abregneten: Vom Mini-Flugblatt über die periodisch wiederkehrende Zeitung („Rote Fahne“, „Volks-armee“, „Mitteldeutsche Arbeiterzeitung“) bis hin zum Taschenbuch im Format 10 x 13 cm (Z.B. Carola Sterns Ulbricht-Biographie) reichte die Spanne. Die Auflagen der Flugblätter erreichten zum Teil gigantische Dimensionen. Von einem 4-g-Flug-blatt, das auf der Vorderseite einen deformierten Ulbricht zeigte nebst dem Kom-mentar „Dieser nicht...“ und den Halbsatz auf der Rückseite durch „... aber Necker-mann macht's möglich“ komplettierte, ergossen sich allein zwischen dem 12. Juli und dem 6. September 1963 über 17 Millionen Stück über DDR-Gebiet.<sup>19</sup> Zwar

<sup>19</sup> Nach Aufzeichnungen Albert Hagemanns wurden zwischen August 1961 bis August 1964 wurden 232 verschiedene Drucksachen, von denen rund hundert zur Kategorie Miniflugblatt zu rechnen waren, hergestellt.

stand gerade das Neckermann-Motiv wegen seiner vermeintlichen Primitivität in der öffentlichen Kritik, dennoch sollte nicht verkannt werden, dass hier Kommunikationsprofis am Werk waren. Aus einem der Süddeutschen Zeitung zugepielten Schreiben des Oberst Trentzsch an die Firma Neckermann entschuldigte sich dieser für den Slogan-Raub, verwies zu seiner Entlastung aber darauf, dass es „um 1963 herum in der DDR Witze gegeben habe: Der Sozialismus siegt – aber Neckermann macht's möglich!“ Auf diesem dem Hause Neckermann doch zur Ehre gereichenden Bewusstseinsbestand (sein Name gelte auch im Osten als „Synonym für nicht plangebundenes Wirtschaften“) habe man das Flugblatt aufgebaut. Er, Trentzsch, werde es aber bestimmt nicht wieder tun – worauf Neckermann sich zufrieden gab und die Sache durch seine Juristen nicht weiter verfolgen ließ.<sup>20</sup>



Kultur- und werbegeschichtliches  
Archiv Freiburg kwaf

*Eine per Bundeswehr-Ballon auf DDR-Gebiet verbrachte „Daneben“-Schießlehre im Miniformat, um den Schießbefehl der NVA-Grenztruppen bei Republikfluchten zu unterlaufen (ca. 1967)*

Sowohl die panorama-Fernsehberichterstattung als auch die allmählich undurchlässiger werdende Grenze fanden in den PSK-Drucksachen einen deutlichen Niederschlag. Ab Mitte 1965 wurden die so aufreizenden Aufforderungen zur Flucht durch defensive Verhaltensempfehlungen ersetzt, beispielsweise durch kleine Schießlehren mit Anleitungen für Fehltreffer. Auch der Informations- und Aufbewahrungswert des Materials stieg in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre deutlich an. Am Ende sah, was, genauer betrachtet, durchaus noch Propaganda war, kaum mehr wie Propaganda aus. So brachten Flugzeitungen verstärkt Informationen über die Stundenlöhne von Handwerkern oder die Anschaffungspreise gebrauchter Autos in der Bundesrepublik.

<sup>20</sup> „Neckermann schießt auf Luftballons“, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. Juli 1965.

Kultur- und werbegeschichtliches  
Archiv Freiburg kwaf



*DDR-Gummiball als „trojanisches Pferd“ mit einliegendem Propagandamaterial (hier Soldatenzeitung Rührt Euch), der in westwärts fließende Flüsse wie Elbe oder Werra geworfen wurde (vom Bundeskriminalamt aufgeschnitten, ca. 1963)*

Konzedieren muss man den PSK-Strategen, dass sie an der Verfeinerung und Optimierung ihrer Botschaften kontinuierlich gearbeitet haben: sie kannten ihre Adressaten und stellten sich immer besser auf sie ein. Natürlich ließ sich aus einem stets erneuernden Fundus an Informationen auch gut schöpfen. Durch die pro Jahr 100 bis 200 geglückten Fluchten von DDR-Grenzen waren ihnen sogar die neuesten Ulbricht-Witze oder prospektive Fluchtkandidaten bekannt. Was hinüber geschickt wurde, erfreute sich großer Beliebtheit („Es gibt für die NVA-Soldaten keine spannendere Lektüre!“), ganz im Gegensatz zur auch 1970 noch hilflos operierenden und in imperativischen Formeln erstarrten Parolensprache der Ostseite: „Nicht den Anschluss verpassen! Steigen Sie ein in den Zug der Zeit! Fordern Sie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR!“

## **VIII. Überholen ohne einzuholen: Der lange Arm der Westpropaganda**

Auch technisch-logistisch war die Bundeswehr ihrem Gegner haushoch überlegen. So wurde – freilich hinter vorgehaltener Hand – gern von gezielten Volltreffern berichtet. Zur Eröffnung der Leipziger Messe flatterten den Besuchern Flugblätter vor die Füße, oder eine Zettelflut wurde an einem überfüllten Badestrand an der Ostseeküste gespült. In der Schlussphase erreichten etwa 80 Prozent der aufgelas-

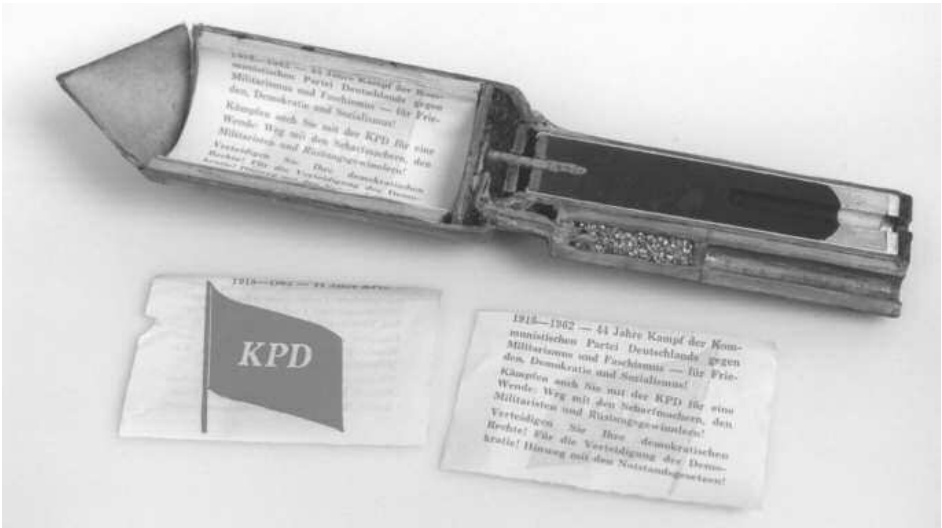
senen Ballonfracht ihr Ziel: bei 15 % Irrläufern und 5 % Schwundquote. Auch hier nahm sich, was die DDR dagegen zu setzen hatte, hilflos aus. Als Experten des Bundesgrenzschutzes die propagandistischen Angriffswaffen, die Aluminiumhülsen, Kugeln und Pappraketen analysierten, kamen sie zu dem Ergebnis, dass man diese Materialien in westlichen Warenhäusern nicht einmal als Silvester-Feuerwerksscherz würde verkaufen können.<sup>21</sup> Für sich selbst spricht ein Vorfall, der sich am 17. Juni 1967 auf der Elbe ereignete, als eine auf einem NVA-Schnellboot installierte Mini-Raketenbasis ansetzte, den Ort Hitzacker unter Flugblattbeschuss zu nehmen: „Auf einmal explodierte nicht nur die Zündung der Rakete, sondern die ganze Abschussvorrichtung. Brennend wurde das manövrierunfähige Boot auf bundesdeutsches Gewässer abgetrieben.“<sup>22</sup>

So verblieb der Ostseite als einzig erfolgversprechende Möglichkeit, papierene Botschaften an Empfänger in der Bundesrepublik zu verbringen, der teure Postversand. Doch auch hier hatte der Westen im Laufe der Zeit dazugelernt. In den zentralen Briefaussonderungsstellen in Hof, Hamburg und Hannover fischten Spezialbeamte die Propagandasendungen des Ostens mit erstaunlicher Sicherheit aus dem Briefstrom. Allein in Hof sollen bei monatlich mehr als 100.000 verdächtigen Sendungen im Schnitt nur 14 Fehlgriffe vorgekommen sein.<sup>23</sup> Umgekehrt wusste man im Bundeswehr-Führungsstab sehr wohl, dass gerade durch die „Methode des befohlenen Aufsammelns“ der Flugblätter durch Schulklassen oder NVA-Mannschaften ihre gründliche Lektüre sichergestellt war, konnte man doch generell davon ausgehen, dass sich fast jeder heimlich ein Exemplar davon, gewissermaßen als persönliche Trophäe, in die Tasche steckte. Plastisch schildert ein geflohener NVA-Polit-Offizier, dass selbst noch der DDR-Instanzenweg als Multiplikator der westlichen Propaganda-Botschaften hervorragende Dienste tat: „Ein Genossenschaftsbauer der Grenzgemeinde Schrampe fand bei Feldarbeiten in der Gemarkung seines Dorfes

<sup>21</sup> „Kommunistische Propaganda-„Raketen““, in: Wehrpolitische Information Deutschland-SBZ, Nr. 4 vom 17. Oktober 1963.

<sup>22</sup> „Der Westwind hilft Bonn im Flugblattkrieg“, in: Kölnische Rundschau vom 20. Juni 1967.

<sup>23</sup> Nach Angaben von Thomas Moser wurden von Spezialbeamten der Bundespost z.B. allein „im Januar 1966 von etwa 548.000 untersuchten Schriften (aus der DDR) ca. 538.000 zurückgehalten. Im Januar 1967 waren es von rund 402.000 untersuchten Briefen etwa 392.000, die zurückgehalten wurden“, zit: Thomas Moser: Entsorgte Geschichte – Die dunklen Kapitel der Bundeswehrabteilung für psychologische Kampfführung, swr2 Wissen, Sendung vom 28. September 2007. Diese radikale „Entsorgung“ von Millionen missliebiger Postsendungen aus der DDR offenbarte den politischen Stellenwert solcher PSK-Aktionen, die das Briefgeheimnis mit der größten Selbstverständlichkeit ignorierten und somit Grundrechte mit Füßen traten.



DDR-Propagandarakete mit einer Ladung Kleinstflugblätter, vom Bundeskriminalamt aufgeschnitten (ca. 1962)

eine der besagten Flugschriften. Es muss mit Sicherheit angenommen werden, dass er die Schrift erst einmal gründlich gelesen hat. Er kennt die charakterliche Unzulänglichkeit des Bürgermeisters. Er lieferte diesem die Schrift ab, auch er hat sie mit Sicherheit gelesen. Das gleiche kann man von den Gemeindesekretären annehmen. Der Bürgermeister übergab sie dem Parteisekretär, der in der Kreisstadt zu tun hatte, mit der Bitte, sie mir abzugeben, obwohl die Flugschrift eigentlich zur Staatssicherheitsdienststelle oder zur Polizei gehört. Der Parteisekretär gab sie in meinem Vorzimmer ab und unterhielt sich darüber mit meinem persönlichen Referenten. Er machte abwertende Bemerkungen über den Inhalt der Schrift, woraus man schließen muss, dass auch er sie gründlich gelesen hat. Auch mein persönlicher Referent und meine Sekretärin lasen das Material. Dann erst kam es zu mir. Auch ich studierte es und leitete es dann an die Kreisdienststelle der Stasi weiter. Diese eine Schrift ist also von mindestens acht bis zehn Menschen gelesen worden, ohne dass jemand irgendeine Vorschrift verletzt hätte.<sup>24</sup>

Aus der Sicht des Führungsstabes der Bundeswehr verblieben als die einzigen ernstzunehmenden, da nicht unmittelbar auszuschaltenden gegnerischen Propagandaquellen die Soldatensender 904 und 935.

<sup>24</sup> BaMa BW 2/7171.

## IX. Kommunikation über die Mauer: subkutan und subversiv

Wenngleich die Wahrnehmung der Flugblattaktionen im Westen wie im Osten in scheinbar ähnlicher Verzerrung erfolgte, sie beruhte doch auf völlig verschiedenen, vom jeweiligen System generierten Begriffen und Strukturen von Öffentlichkeit. Bis zur „Enthüllung“ durch die panorama-Sendung war man im Westen verständlicherweise bemüht, seine so deutliche Überlegenheit in Sachen Propaganda angesichts der geltenden demokratisch-parlamentarischen Gepflogenheiten nicht publik werden zu lassen, im Osten verspürten die Verantwortlichen ebenfalls wenig Neigung, ihre Ohnmacht angesichts nachts lautlos und friedlich hereingleitender Ballongeschwader der Bevölkerung gegenüber einzugestehen. Was in der Bundesrepublik folglich möglichst heruntergespielt wurde, wurde in der DDR, wenn man schon um eine Meldung nicht umhin kam, gleich über Gebühr dramatisiert; da wurden die Ballons schnell zu gefährlichen Offensivwaffen des westdeutschen Militarismus, die mit ihren heimtückischen Sprengladungen schon Kindern die Arme abgerissen hätten.<sup>25</sup>

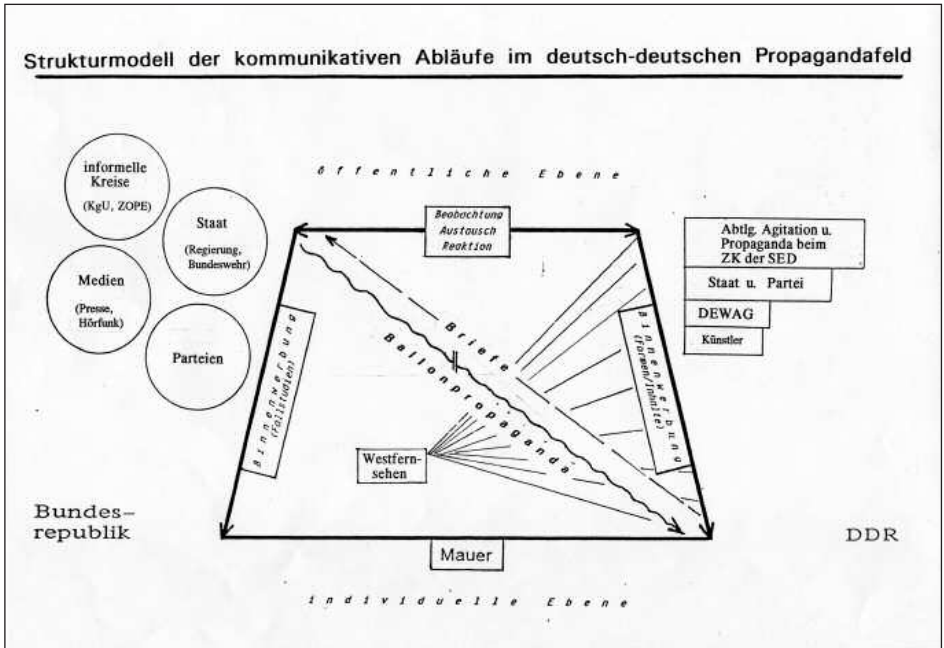
Selbst also noch im Umgang bzw. Nicht-Umgang mit diesem Thema in der Öffentlichkeit zeigt sich ein Konstituens deutsch-deutscher Kommunikation in der Endphase des Kalten Krieges. Hierhin gehören auch die geheimnisvollen Äußerungen Kai Uwe von Hassels über jene „Tausende von Briefen“: ein Kommunikationsergebnis, auf das man nicht verzichten wollte. Ihre Lektüre ist in der Tat beeindruckend, weniger, weil die Zuschriften derjenigen, die überhaupt antworteten, zu 97 bis 99 Prozent positiv ausfielen, sondern weil sich in ihnen eine rührende, mitunter beängstigende Offenheit kundtat, mit einem unbekanntem Gegenüber eine persönliche Zwiesprache zu suchen, die weit über das hinausging, was Bundesbürger ihrer eigenen Administration an Vertrauensvorschuss jemals eingeräumt hätten. Als ein Beispiel für viele sei hier der im Auftrag der CDU durchgeführte PSK-Einsatz „Ameise“ in der Nacht vom 17. auf den 18. August 1962 genannt. Auf das dabei verbrachte CDU-Flugblatt „Die Welt weiß vom Unrecht in der Zone!“ trafen an die Deckadresse genau 199 Zuschriften ein: „Am 21. 8. habe ich die Flugblätter im Senoer Wald bei Dessau-Roßlau gefunden. Sie werden gesammelt und den Funktionären in die Briefkästen geworfen. Sendet uns noch mehr, evtl. Illustrierte Zeitungen, die werden am begeistertsten gelesen. Mit Gruß Neptun.“<sup>26</sup>

<sup>25</sup> „Mütter klagen an!“, in: Frau von heute, Nr. 27/1958.

<sup>26</sup> BaMa BW 2/6864



Von unmittelbar subversiven Wirkungen wusste ein anderer Schreiber zu berichten: „Werter Kurt Stein. Ich möchte Ihnen hiermit mitteilen, dass in Köthen und Umgebung Flugblätter niedergegangen sind. Dadurch ist es auf dem Flugplatz von Köthen, der von sowjetischem Personal besetzt ist, zu großen Tumulten gekommen. Die Russen, die diese wahrheitsgetreuen Blätter gefunden haben, klebten sie an die Kommandantur und schrieben mit Farbe in russisch ‚Das ist die Wahrheit!‘ In den Betrieben wird mit Ölfarbe geschrieben: ‚Ulbricht ist ein Mörder, Ulbricht ist ein Verbrecher!‘ Bis jetzt wurde noch keiner erwischt. Ich habe 5 Flugblätter gefunden und habe sie in die Reklamekästen und an die Säulen geklebt, dass sie jeder lesen soll und die Unruhe gegen die Kommunisten größer wird. Ich verbleibe Ihnen als ein steter Helfer in diesen Sachen.“<sup>27</sup> Immer wurde aus den Briefen eine Forderung laut: „Schickt uns mehr Material!“ Als ob die Bundesrepublik durch diese Botschaften in personam präsent zu machen gewesen wäre und – so musste es doch scheinen – „ihre“ Mitbürger im Osten nicht vergaß! Eine Zuschrift aus Greiz-Dölau vom 15. Oktober 1963: „Wenn die Russische Besatzung nicht wäre, wäre das Regime in 24 Stunden weggefegt und das KZ wäre offen, in dem wir seit Jahren leben müssen.“



<sup>27</sup> BaMa BW 2/6864.

Die Struktur dieser Kommunikation zwischen Privatpersonen im Osten und staatlichen Stellen im Westen – vorbei an den DDR-Organen als auch der westdeutschen Öffentlichkeit – lässt sich als eine subkutane begreifen und beschreiben. In ein Modell deutsch-deutscher Kommunikationsabläufe übertragen, zeigt sich, welche eminent politische Qualität die Bundesregierung der Psychologischen Kampfführung der Bundeswehr zugemessen haben muss. Zum einen schienen ihr die Ballonaktionen und der durch sie angeregte Rückfluss von Briefen einen probaten Zugang zum ‚wahren‘ Denken und Fühlen der DDR-Bevölkerung zu eröffnen, zum anderen dürfte es ihr sehr zupass gekommen sein, dass diese (neben dem Westfernsehen) gerade einmal 300 Mann starke Ballon-Truppe entscheidend dazu beitrug, das Informationsmonopol der SED nachhaltig auszuhöhlen. Beides: Kontakthalten mit der Bevölkerung „drüben“ bei gleichzeitiger Destabilisierung des Ulbricht-Systems können als Determinanten konservativer Deutschland-Politik bis weit in die sechziger Jahre hinein bezeichnet werden. Obwohl die PSK-Truppe der Verwirklichung dieser politischen Zielvorstellungen auf geradezu kongeniale Art entsprach, konnte ausgerechnet sie am wenigsten auf den öffentlichen Beifall der politisch Verantwortlichen rechnen. Dieses letzte Kapitel des Kalten Krieges, das nicht frei von grotesken, ja komischen Elementen war, musste gewissermaßen „unter der Bettdecke“ spielen. Gleichwohl mag, wer die Auf-bewahrungskultur der Bürger und Bürgerinnen in der DDR kennt, sehr wohl errahnen, welche Langzeitwirkungen von diesen Botschaften ausgegangen sein dürften.

## Das Opinfo Bataillon 950 Mayen – Nachfolgeorganisation der bis 1990 bestehenden Einheiten für psychologische Kampfführung/ Verteidigung PSK/PSV



Internetseite der Bundeswehr

Auch heute noch verfügt die Bundeswehr über Spezial-Einheiten für kommunikative Aufgaben. Dieses Opinfo-Bataillon 950 ist 1250 Mann stark, seine Befehlszentrale befindet sich in Mayen und Koblenz.

Sein Operationsgebiet sind aber hauptsächlich Krisengebiete wie der Kosovo oder Afghanistan. Dieses Bataillon kann als Nachfolgeorganisationen der ehemaligen psychologischen Kampfführung angesehen werden und verfügt über modernste technische Mittel und Ausrüstungen. Es betreibt neben dem Soldatensender „Radio Andernach“ auch sogenanntes „Betreueradio“ im jeweiligen Einsatzgebiet. Ebenso verfügt das Bataillon über mobile Lautsprechereinheiten und produziert neben Videos, CDs und DVDs auch klassische Druckerzeugnisse wie Plakate, Broschüren oder Flugblätter, deren Adressaten gegnerische Truppen ebenso sein können wie die Zivilbevölkerung. So wurden speziell für den Einsatz in Afghanistan Handzettel an Kinder und Minderjährige verteilt, die zur Abgabe von Waffen im Tausch gegen Schulhefte auffordern. Auf der Internetseite des Bataillons wird der politische Auftrag so umschrieben: „Massenkommunikationsmittel können Verlauf und Ausgang von Konflikten entscheidend beeinflussen. Wer über sie verfügt, wird sie zum eigenen Nutzen und zum Schaden des Gegners einsetzen. Propaganda und Desinformation zur Manipulation von Meinungen können Teil der gegnerischen Operationsführung sein.“

*Aktuelles Wappen des  
OpInfo-Bataillons*

### Literaturhinweise:

Dirk Schindelbeck: Propaganda mit Gummiballons und Pappraketen, in: Gerald Die-sener/Rainer Gries (Hg.): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert, Darmstadt 1996, S. 232-243.

Friedrich-Wilhelm Schломann: Mit Flugblättern und Anklageschriften gegen das SED-System: die Tätigkeit der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) und des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen der Sowjetzone (UfJ) ; Zeitzeugen-bericht und Dokumentation, Schwerin 2002

Dirk Drews: Die Psychologische Kampfführung/ Psychologische Verteidigung der Bundeswehr – eine erziehungswissenschaftliche und publizistikwissenschaftliche Untersuchung, Mainz 2006

Thomas Moser: Entsorgte Geschichte – Die dunklen Kapitel der Bundeswehrabtei-lung für psychologische Kampfführung, swr2 Wissen, Sendung vom 28. September 2007